

In Ergänzung zu unserer Serie Öffentliches Recht können Sie im folgenden Beitrag einmal hautnah nachvollziehen, wie das Berufsleben eines Politikers eigentlich aussieht. Unser Autor Werner Hau hat den Ministerpräsidenten des Saarlandes Peter Müller interviewt. In diesem Gespräch hat er sich neben den Aufgaben und Zielen eines Politikers auch mit den Einflussmöglichkeiten eines Ministerpräsidenten im Bundesrat und mit dem Privatleben sowie dem Arbeitsalltag eines Berufspolitikers beschäftigt.

PRAXISWISSEN

„Freiheit für die Hühner“ und „bunte Taxis für das Saarland“

Von Dipl.-Hdl. Werner Hau, Studiendirektor, Mainz

Sehr geehrter **Herr Ministerpräsident**, herzlichen Dank zunächst, dass Sie sich die Zeit nehmen, mit mir dieses Gespräch zu führen. Im Grunde genommen gibt es mindestens **drei Gründe**, die mich veranlassen haben, mich gerne mit Ihnen zu unterhalten.

1. Sie hatten im September 2003 einen Preis entgegengenommen, weil Sie als erster Chef eines Bundeslandes den Titel „Ministerpräsident des Jahres“ tragen dürfen.
2. Es erscheint mir interessant, mich als Lehrer an einer beruflichen Schule und als Buchautor nicht nur theoretisch mit dem Fach Politik auseinandersetzen zu müssen, sondern einmal von einem waschechten Ministerpräsidenten Fragen beantwortet zu bekommen.
3. Ich gestehe: Es zieht mich als Exil-Saarländer immer wieder in das Saarland zurück. Und deshalb bin ich auch stets interessiert an der Fortentwicklung der Politik meines Heimatlandes, in dem ich geboren wurde.

Die Leser dieser Zeitschrift sind vorwiegend Auszubildende in einem rechtsanwendenden Beruf, die bei Rechtsanwälten, Notaren und Patentanwälten beschäftigt sind. Im Politik-Unterricht werde ich oft gefragt, wie jemand Politiker wird. Deshalb möchte ich zunächst von Ihnen erfahren, wie Ihr Lebensweg war.



Foto: Werner Hau

Im September des kommenden Jahres werde ich ein halbes Jahrhundert sein. Nach Adam Riese bin ich also im **Jahre 1955** in Illingen im Saarland geboren. Nach dem **Abitur** begann ich ein **Studium der Rechtswissenschaft** und der **Politik** in Bonn und Saarbrücken. Im Jahre 1983 legte ich mein erstes Staatsexamen und 1986 mein zweites juristisches Staatsexamen ab. Bis zum Jahre 1994 war ich dann als **Richter, zuletzt beim Landgericht in Saarbrücken** und als Lehrbeauftragter der Universität des Saarlandes tätig.

Bereits sehr früh entdeckte ich, dass die Politik ein sehr interessantes Gebiet ist. Deshalb trat ich recht früh der CDU bei. **1990 wurde ich Abgeordneter** des Saarländischen Landtages und fünf Jahre später haben mich dann die Mitglieder zum Vorsitzenden dieser Partei für das Saarland gewählt.

Im Jahre 1999 wurde dann im Saarland eine Landtagswahl durchgeführt. Meine Partei, die CDU, erzielte soviel Stimmen, dass sie dann ihre bis dahin eingenommene Rolle als Opposition im Landtag aufgeben und die Regierung stellen konnte. Ich wurde vom Landtag **zum Ministerpräsidenten des Saarlandes** gewählt.

Ich komme nur noch einmal kurz auf Ihren Werdegang als Jurist zurück. – Ist es richtig, dass Sie die Prüfung mit der Note „sehr gut“ bestanden haben, also einer der verschwindend wenigen Einser-Juristen sind?

Ja, das ist richtig.

Was hat Sie in jungen Jahren bewogen, sich aktiv an der Politik zu beteiligen.

Mein **Interesse für Politik** begann bereits in der Schule. Dort habe ich mich z.B. für die Problematik, also den Hunger und das Elend in der Dritten Welt in Lateinamerika, Afrika und Asien interessiert. Dann hat sich mein politisches Interesse so weiterentwickelt.

Welche Aufgaben sind für Sie als Ministerpräsident am reizvollsten?

Ich habe **ständig mit sehr interessanten Leuten** zu tun, die aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen kommen. Manchmal kann ich mich mit hochintelligenten Wissenschaftlern unterhalten, aber auch mit mehrfach Schwerbehinderten in Schwerbehinderteneinrichtungen. Für mich kommt also zuerst der Mensch, dann der Staat. Insofern ist Artikel 1 des Grundgesetzes auch für mich von besonderer Bedeutung. Dort heißt es ja: Die **Würde des Menschen ist unantastbar**. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Gab es in Ihrer Laufbahn als Ministerpräsident von Ihnen getroffene Entscheidungen, die Sie heute korrigieren würden?

Ja, aber das verrate ich nicht.

Können Sie Ziele nennen, die für Sie als Regierungschef nach der wieder gewonnenen Landtagswahl im September 2004 besonders wichtig sind.

An den Grundzügen unserer bisherigen Politik wird sich nichts ändern. Allerdings werden wir einige Vorhaben weiter vorantreiben:

- So wollen wir in der **öffentlichen Verwaltung**, wie in den Rathäusern, die Zuständigkeiten so verändern, dass die Bürger betreffenden Vorgänge schneller bearbeitet werden. Sicher wird man Aufgaben von den Gemeinden auf das Land verlegen können.
- Des weiteren werden wir ein völlig **neues Universitätsgesetz** schaffen und die Innovationsprozesse, also Erneuerungsvorgänge, vorantreiben.

Beispiele für die **Innovationsstrategie des Saarlandes** lassen sich schon aufzeigen:

Im Bereich der Informatik ist das Saarland europaweit gesehen spitze, wenn man bedenkt, welche Leistungen am „Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz GmbH“ in Saarbrücken vollbracht werden. So kann das Unternehmen nachweisen, dass es hervorragende Ergebnisse auf dem Gebiet der **Sprachtechnologie** erbracht hat. Hier werden beispielsweise Compu-

tersoftwareprogramme entwickelt, die dazu beitragen, dass bestehende Hemmschwellen von Computerlaien überwunden werden können.

- Außerdem soll die **Biotechnologie** vorangetrieben werden. Ziel ist es z.B. biologische Prinzipien auf technische Systeme zu übertragen. Da schaut man sich also Vorgänge in der Natur an, wie das Verhalten der Pflanzen beim Aufprall von Regen und setzt sie in die Technik um, so z. B. bei Autos. Auf diesem Forschungsgebiet ist schon viel vollbracht worden. Künstlich geschaffene Muskeln oder künstliche Organe, die menschliche Organe ersetzen können, sind Ziele, die es noch vermehrt zu erreichen gilt. So kann das menschliche Leben erleichtert werden.
- Die **Automobilindustrie** und die dazu gehörige Logistik muss unterstützt werden. So entstehen Arbeitsplätze.
- Außerdem ist es außerordentlich wichtig, einen Augenmerk auf die **demografische Entwicklung**, also die Entwicklung der Bevölkerung, zu haben. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es weiterhin sinnvoll ist, Neubaugebiete auszuweisen, wenn man bedenkt, dass die Bevölkerungszahl in den nächsten Jahren geringer wird. Die heutige Bevölkerungsprognose geht davon aus, dass die derzeitige Zahl von 1.060.000 Menschen im Saarland in **30 Jahren auf 780.000 Menschen** geschrumpft sein wird. Dies hat dramatische Konsequenzen für die Infrastruktur, d.h. für den Bau von Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten usw. zur Folge.

Ich stellte immer wieder fest, dass es für einen Teil der Bevölkerung schwierig ist, überhaupt zu wählen. Dies wurde insbesondere gerade in jüngster Zeit daran deutlich, dass zunehmend weniger Wahlberechtigte zur Wahlurne schreiten. Gerade in diesem Superwahljahr ist es für Jugendliche und volljährige junge Menschen schwierig, inhaltlich den Unterschied zwischen den einzelnen Wahlen zu verstehen, wenn man bedenkt, dass es u.a. nicht nur um Kommunalwahlen, Landtagswahlen, sondern auch um die Europawahl ging. – Aus diesem Grund ergeben sich natürlich Fragen. Herr Müller, wie könnte man insbesondere die wahlberechtigten jungen Menschen davon überzeugen, dass es wichtig ist, unbedingt wählen zu gehen?

Politik ist sehr kompliziert geworden. Viele bemühen sich auch, Politik undurchschaubar zu machen. Damit meine ich nicht nur Politiker, sondern auch einen Teil der Medien. Dies führt letztendlich nicht gerade dazu, die Akzeptanz der Demokratie herbeizuführen. **Nur schlechte Nachrichten** sind offensichtlich für einen Teil der Bevölkerung gute Nachrichten. Hinter alltäglichen Vorgängen werden oft nur Skandale vermutet. Ich erlebe es selbst, dass man in der Öffentlichkeit quasi gezwungen wird, komplizierte Dinge in 20 Sekunden zu erklären. Dies geht dann meistens schief.

Die Politik betreffend muss man den jungen Menschen sagen: **Wer nicht wählt**, darf sich nachher nicht darüber beschweren, dass diejenigen, die dann gewählt wurden, alles falsch machen.

Mir ist durchaus bewusst, dass es eine **Verdrossenheit an der Politik** gibt. Dazu möchte ich noch etwas erzählen. Sie kennen ja Herrn Professor **Dr. Klaus Töpfer**. Er ist Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Als solcher beschäftigt er sich heute mit den Folgen des Klimawandels in Form von Dürren, Fluten und abnormen Wetterbedingungen. Im Jahre 1989 kam der saarländische CDU-Politiker Klaus Töpfer zu mir und wollte wissen, ob ich mich in der Politik **nicht aktiv betätigen wolle**. Ich selbst hatte mich damals wegen Affären in der Politik zurückgezogen. Mit diesen hatte ich persönlich nun nichts zu tun. Deshalb beschloss ich, mich um mich selbst zu kümmern.

Zunächst lehnte ich also das Angebot, mich als **Landtagsabgeordneter** wählen zu lassen, ab. Daraufhin reagierte mein Parteikollege Töpfer und sagte mir: Wenn du es nicht machst, dann handeln die Anderen, von denen du sagst, dass sie es falsch machen“. Mit diesem Gespräch hat er mich dann überzeugt. So wurde ich dann bald als Abgeordneter politisch aktiv.

Sicher werden auch Sie schon einmal mit der Frage konfrontiert worden sein, ob das aktive Wahlalter, also die Möglichkeit selbst wählen zu dürfen, auf das Alter von 16 Jahren herab gesetzt werden sollte. – Was halten Sie davon?

Davon halte ich nichts. Es gibt mittlerweile nur noch eine Pflicht. Das ist die Pflicht der Männer, den **Wehrdienst** zu leisten. Aber auch dieser ist mittlerweile in Frage gestellt.

Wer genau beobachtet, wird feststellen, dass Entpflichtungen bis hin zum Strafrecht vorgenommen werden. **Mit 18** sind die Deutschen bereits **volljährig**. Wird jemand straffällig, so wird eine **zwischen 18 bis 21-jährige Person** unter Umständen nicht nach dem Strafgesetzbuch, also nach dem Erwachsenenstrafrecht, verurteilt, sondern nach dem Jugendgerichtsgesetz, also dem **Jugendstrafrecht**.

Ich lehne eine Entwicklung ab, nach der es darum geht, Jugendlichen **immer mehr Rechte** zu gewähren, aber **zunehmend weniger Pflichten** zu verlangen. So funktioniert der Staat nicht. Er funktioniert nur auf der Basis des „Gebens und Nehmens“. Auf dieser Grundlage kann man mit mir reden. Kommt man zu dem Ergebnis, dass man die Volljährigkeit auf 16 senkt, dann ergibt sich daraus auch, dass damit das Wahlalter auf 16 gesenkt wird. Allerdings halte ich dies nicht für sinnvoll.

Es stellt sich die Frage, warum Sie innerhalb der Partei, der Sie angehören, zu der so genannten Gruppe der „Jungen Wilden“ zählen.

Der Ausdruck „**Junge Wilde**“ war für eine Handvoll von politisch interessierten Personen ein Etikett. Neben dem heutigen Ministerpräsidenten Roland Koch in Hessen und Christian Wulf in Niedersachsen gehörte u.a. auch ich zu dieser Gruppe, die aus der Jungen Union, also der Jugendorganisation der CDU in Deutschland entstand. Wir trafen uns ab und zu, haben überlegt, was wir gemeinsam machen könnten, um politisch tätig zu sein. – Eigentlich war es ein geheimer Bund der „Jungen Wilden“. Durch unsere regelmäßigen Treffen ist dieser so entstanden. Das Etikett „**Junge Wilde**“ war allerdings **immer falsch**. Wir waren weder jung noch wild, aber die uns verpasste „Aufschrift“ war unbezahlbar. Denn die Gespräche über uns hat Erkennbarkeit geschaffen. Plötzlich haben die Leute in der Bevölkerung uns zur Kenntnis genommen und über uns gesprochen. Davon lebt letztendlich die Demokratie.

Im September 2003 erhielten Sie den mit einem Preis verbundenen Titel „Ministerpräsident des Jahres“. Welche Gründe haben dazu beigetragen, dass Sie so geehrt wurden?

Ich verstehe den Preis in erster Linie **nicht als persönliche Ehrung**, sondern als Anerkennung für das

Saarland, das in den vergangenen Jahren einen erheblichen Schritt voran gemacht hat. Vergleicht man das Saarland mit dem übrigen Bundesgebiet, so hat sich die saarländische Wirtschaft gut entwickelt.

Wie ist dies zu verstehen? – Können Sie konkrete Beispiele nennen, an denen sich dieser Fortschritt verdeutlichen lässt?

Ja, natürlich. Ein Beispiel ist der **Ausbildungsmarkt**. Hier liegen wir, wie die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, zum Zeitpunkt der Preisverleihung hieß diese Behörde noch Bundesanstalt für Arbeit, bestätigte, mit 96 Ausbildungsplätzen auf 100 Bewerber bundesweit an der Spitze.

Des Weiteren haben wir auch weitere politische Initiativen ergriffen, die Erfolge brachten. Zu erwähnen sind folgende Fakten:

- die Gewerbesteuer, die jeder einzelne Gewerbebetrieb zu entrichten hat, wurde abgesenkt
- das achtjährige Gymnasium wurde geschaffen
- es erfolgte ein Bürokratieabbau.

Was meinen Sie mit Bürokratieabbau?

Wie lange schon wird in Deutschland von **Entbürokratisierung** geredet, ohne dass etwas Nennenswertes in dieser Richtung geschehen wäre. Der frühere Bundespräsident Roman Herzog und frühere Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat in seiner berühmten Adlon-Rede die Frage gestellt: „Ist es wirklich ein Naturgesetz, dass man in Deutschland bis zu **19 Behörden fragen muss**, wenn man einen **Produktionsbetrieb errichten** will, obwohl der neue Arbeitsplätze schafft?“

Tatsache ist: Deutschland weist zweifellos im internationalen Vergleich eine überdurchschnittlich hohe Zahl bürokratischer Regelungen auf, welche die Entwicklung und Entfesselung marktwirtschaftlicher Kräfte viel zu sehr behindert. Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Berufsordnungen, Genehmigungsverfahren, Meldepflichten usw. widersprechen oftmals sogar dem gesunden Menschenverstand. Wir im Saarland haben inzwischen über **2000 Verwaltungsvorschriften ersatzlos abgeschafft**. Das waren **40 kg Vorschriften**, die jetzt in diesem Land nicht mehr gelten.

Lässt sich Ihr Tagespensum Arbeit in Stunden angeben?

Die Arbeitszeit ist von Tag zu Tag sehr unterschiedlich. Ich bin ein großer Fan der 35-Stundenwoche. Davon mach ich 2,mindestens (Ministerpräsident lacht). Also mal im Ernst: Normalerweise arbeite ich **täglich zwischen 12 bis 14 Stunden**. Das ist der Normalfall. Es gibt aber auch Tage, an denen ich länger arbeiten muss. Dazu äußert sich meine Verwandtschaft wie folgt: Wenn der weg geht, schläft die restliche Familie noch und wenn der nach Hause kommt, dann schlafen die anderen schon.

Meinen Job kann man nur ausüben, wenn man mit **4 bis 5 Stunden Schlaf** auskommt. Diese Tätigkeit kann ich nur so ausführen, weil es sich um **positiven Stress** handelt, will sagen: die Arbeit macht mir in der Regel richtig Spaß.

Im letzten Jahr war ich im **Berufsschulzentrum** in St. Wendel. Da stand eine Schülerin auf und sagte: „Ihr Politiker macht euch ohnehin immer **nur den Sack voller Geld** und das auf unsere Kosten. Das finde ich alles unmöglich“. Ich schlug dieser Schülerin vor, mich einmal zu besuchen, was auch geschah. Sie kam an einem Montag und **begleitete mich bei meinen Amtsgeschäften**. Am Dienstagnachmittag hat sie dann gesagt: „Das halt ich nicht mehr aus. Ich komme nicht mehr“. Und ab dem nächsten Tag wurde sie nicht wieder gesehen

Nun erlaube ich mir, Ihnen noch eine ganz persönliche Frage zu stellen? Wie viel Zeit bleibt Ihnen übrig für Ihre Familie?

Die **Familie ist der Leidtragende**. Meine Frau begleitet mich schon mal zu offiziellen Veranstaltungen, wie bei einer Preisverleihung auf einem Filmfestival. Die Kinder nehme ich schon mal im Rahmen meiner Repräsentationspflicht im Sportbereich mit.

Wie schaffen Sie es, bei all Ihren vielfältigen Tätigkeiten entspannt zu bleiben?

Da muss ich Ihnen eine zweigeteilte Antwort geben. Der **Job ist vielgestaltig**. So ist es ein Unterschied,

ob ich mich mit meinen **Ministern im Kabinett**, also in der Landesregierung, **berate** oder ob ich an einem Tag eine längere Rede mit anschließender Diskussion halte. Das ist manchmal halb Politik, manchmal empfinde ich es als Entspannung.

Und nun der zweite Teil meiner Antwort: Ich kann unheimlich **schnell abschalten** und bin im Stande, von einer auf die nächste Minute die Politik absolut zu vergessen. Und ich genieße diese Situationen dann auch intensiv.

- Beispiel 1: Es gibt die **Fußballmannschaft FC Union Saar**. Das ist eine CDU-Mannschaft. Die spielen 40 Mal im Jahr. Wenn ich die Jungs treffe, wird keine Sekunde über Politik geredet.
- Beispiel 2: Ich spiele unheimlich gerne **Skat**. Manchmal gibt es Veranstaltungen in meinem politischen Leben, die bis 23 Uhr am Abend dauern, andere, die schon früher aufhören. So saßen wir im vergangenen Jahr im **Vermittlungsausschuss des Bundesrates** zusammen, um unsere Arbeit zu erledigen. Es ging da unter anderem um die Frage, wie man im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik erreichen kann, die hohe Zahl der Arbeitslosen zu reduzieren. Am Ende wurde dann abgestimmt. Die **Sitzung endete** schließlich **um 19 Uhr**. Anschließend traf ich mich noch mit einigen Skat-Freunden. Wir begannen dann um **halb acht am Abend** Skat zu spielen und hörten um **halb acht am nächsten Morgen** auf. Ich ging dann ins Hotel. Meine Sicherheitsbeamten warteten beharrlich vor meinem Zimmer und hofften, mich bald aus dem Zimmer kommen zu sehen. Erstaunt waren sie natürlich, als ich dort nicht rauskam, sondern rein ging, um mich zu duschen. Danach ging für mich die Arbeit weiter. Die **nächtliche Skatnacht** empfand ich als **Entspannung**.

Als Ministerpräsident sitzen Sie automatisch auch im Bundesrat. In diesem in Artikel 50 Grundgesetz verankerten Verfassungsorgan wirken die Länder ja unter anderem bei der Gesetzgebung des Bundes mit. – Können Sie beispielhaft verdeutlichen, dass Ihre Mitwirkung in diesem obersten Bundesorgan zu Entscheidungen ganz im Sinne des Saarlandes geführt haben?

Es kam, wie Sie ja wissen, zu einer **Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe** zum

Arbeitslosengeld II. Dieser Teil der Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes ist bekannt unter der **Überschrift Hartz IV**¹. Es handelt sich dabei um eine neue einheitliche Regelung für all diejenigen, die bedürftig und erwerbsfähig, aber nicht erwerbstätig sind.

Für das Saarland haben wir eine **Regelung durchgesetzt**, die dazu führt, dass saarländische Kommunen, also Gemeinden, besser gestellt werden. Deutlich wird dies daran, dass wir es erreicht haben, dass je Einwohner ein Betrag von 63 Euro, d.h. insgesamt rund 70 Millionen Euro aus Steuereinnahmen zusätzlich an das Saarland gezahlt werden.

Es gab natürlich auch noch andere Initiativen, die wir ergriffen haben, die nicht nur die Interessen des Saarlandes, sondern **alle 16 Bundesländer** betreffen.

- Auf Initiative des Saarlandes hin konnte im Vertretungsorgan der Bundesländer, also im Bundesrat, erreicht werden, dass die **Alterspflegeausbildung** als eigenes Berufsbild in Deutschland anerkannt ist.
- Es gibt aber auch kuriose Dinge, die im Bundesrat zur Sprache kommen. So musste bisher in Deutschland **ein Taxi hell elfenbein** sein. Nach einem Kampf von eineinhalb Jahren haben wir mit knappster möglicher Mehrheit durchgesetzt, dass **im Saarland ein Taxi auch bunt sein darf**. Die anderen Bundesländer können nun künftig ebenfalls eine solche Regelung schaffen.
- Eine der härtesten Kämpfe der letzten Jahre war der um die **Legehennenverordnung**. In der dieses Thema betreffenden Diskussionsphase habe ich – ohne Quatsch – 20.000 Briefe erhalten und ebenso meine Kolleginnen und Kollegen. Da ging es um die Frage der **Größe eines Käfigs für Legehennen**. Letztendlich werden Sie in der Verordnung finden, dass alle Haltungseinrichtungen der rund 50 Millionen Legehennen in Deutschland (siehe Tierschutzbericht 2003) eine Mindesthöhe von 200 cm und eine Fläche von mindestens 200 cm mal 150 cm aufweisen sowie über Nester, Sitzstangen und einen Bereich mit Einstreu verfügen müssen. Bei diesem Thema haben wir, d.h. das Saarland, immer die Position vertreten: **Freiheit für die Hühner** (vgl. dazu auch das Editorial in Reno 11/2002).

In jüngster Zeit ist in der Öffentlichkeit diskutiert worden, ob die beiden Bundesländer „Rheinland-Pfalz“ und das „Saarland“ nicht zusammen gelegt werden sollten. – Wie denken Sie darüber?

Diese Diskussion wurde zuletzt von dem Ministerpräsidenten des Bundeslandes Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, geführt. Viel Sinn macht eine solche Diskussion aber nicht, da die verfassungsrechtliche Lage gemäß der Verfassungen der beiden Bundesländer klar ist. In beiden Ländern wäre dann eine **getrennte Volksabstimmung** durchzuführen. Bei einer Volksabstimmung im Saarland müsste die Bevölkerung dann mehrheitlich dafür sein, Pfälzer zu werden. Das ist eine Gespensterdiskussion. Denn die Saarländer müssten die Meinung vertreten, dass es Ihnen als Pfälzer besser gehen wird, wie als Saarländer.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen dafür, dass Sie so freundlich waren, sich Zeit zu nehmen, mir meine Fragen zu beantworten. Dieses Gespräch mit Ihnen, einem gebürtigen Saarländer, habe ich gerne geführt.



Der gebürtige Saarländer Werner Hau arbeitet als Lehrer in Wiesbaden, also in Hessen und wohnt in Mainz, also in Rheinland-Pfalz. In der rheinland-pfälzischen Hauptstadt habe ich schon viele Bücher geschrieben. Heute überreiche ich Ihnen gerne die gerade beim Kiehl-Verlag erschienene Neuauflage 2004 meines Buches „Grundlagen der Rechtslehre“. Ich hoffe, dass Sie als Jurist noch den ein oder anderen interessanten Text finden werden, den Sie in meinem aktualisierten Werk nachlesen möchten.

Foto: Werner Hau

Herzlichen Dank, dass Sie mir Ihre neu erschienene Publikation überlassen haben.

¹ Bei Hartz IV geht es um die „Verringerung der Zahl der Gewerbe mit Meisterzwang“, die Erleichterung der Übernahme eines Handwerksbetriebes durch erfahrene Gesellen (sog. „große Handwerksnovelle“) und um die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum sog. Arbeitslosengeld II im Januar 2005 (siehe Sozialgesetzbuch II).